



Matthias Groote MdEP

## EHRGEIZIGE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK NUR MIT SOZIALER FOLGEABSCHÄTZUNG

Von Matthias Groote

Die jüngsten schrecklichen Ereignisse in Japan führen uns einmal mehr sehr deutlich vor Augen, dass die europäische Energiepolitik vor einer großen Herausforderung steht und ein Umdenken zwingend notwendig ist. Es gibt keine Alternative als das Ende des fossilen Zeitalters rasch einzuläuten, um einen ökologischen Strukturwandel herbeizuführen. Stresstests hin oder her, der Einsatz von Atomenergie bleibt ein unüberwindbares Restrisiko.

Der Abschied von Kohle, Öl, Gas und Atomkraft ist technisch machbar. Deshalb müssen wir den Übergang ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien poli-

Sicherheitsbestimmungen festgelegt werden.

Die Förderung von Energieeffizienz, Energieeinsparungen, Weiterentwicklung der Energienetze und Energieversorgungssicherheit sind im Lissabon-Vertrag fest verankerte Ziele, die darauf warten mit Leben gefüllt zu werden.

Die Europäische Kommission versucht dies mit der Veröffentlichung einiger Mitteilungen im Bereich der Energie- und Klimapolitik, die zwar in die richtige Richtung gehen, aber genauestens analysiert und viel konkreter werden müssen.

Vorgestellt wurde zum einen der Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050 («Klimaroadmap»), die den kostengünstigsten Weg zur Verwirklichung des unverbindlichen EU-Ziels, die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken, beschreibt. Hierzu sollen im nächsten Schritt sektorspezifische Fahrpläne vorgelegt werden. Es werden nationale und regionale CO<sub>2</sub>-Reduzierungsstrategien formuliert und langfristige Investitionen eingefordert. Der Handlungsbedarf sei laut Kommission groß. Allerdings kann es keine seriöse Klimapolitik sein, immer ambitioniertere Prozentziele zu formulieren und sich gegenseitig zu überbieten, ohne die entscheidenden Instrumente und auch Strategien darzulegen, wie diese Ziele überhaupt erreicht werden können. Die Kommission setzt nur einen mittel- bis langfristigen Rahmen.

Darüber hinaus wurde der Energieeffizienzplan veröffentlicht, worin Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs in der EU um 20 Prozent bis 2020 festgelegt wurden. Im Gebäudebereich und in der Industrie, die zusammen für nahezu 70 Prozent des Primärenergieverbrauchs in der EU verantwortlich sind, liegen die Schwerpunkte zur Erhöhung der Energieeffizienz, die unsere größte ungenutzte Energiequelle darstellt. Die Kommission bleibt auch hier wieder hinter den geforderten Erwartungen zurück. Wenig Konkretes, wenig Neues und Verzögerungen, die wir uns nicht leisten können. Weitere Produkte in die Kennzeichnung des Energieverbrauchs aufzunehmen reicht bei weitem nicht aus. Gerade im Effizienzbereich muss das Potenzial voll ausgeschöpft werden und die Europäische Kommission muss die Mitgliedsstaaten stärker in die Verantwortung nehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Ausbau erneuerbarer Energien. Der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen, wie z.B. Wind, Sonne, Erdwärme, Wasserkraft und Biomasse soll nach dem sog. »20:20:20«-Beschluss auf mindestens 20 Prozent im Jahre 2020 erhöht werden. Dieser Beschluss von 2009 ist längst überholt. Es hat sich herausgestellt, dass in 2020 der Anteil an erneuerbaren Energien das 20 Prozent -Ausbauziel übertreffen wird und knapp die Hälfte der Mitgliedstaaten ihre nationalen Versprechen einlösen werden. Deswegen hat die Kommission eine neue Prognose erstellt, wonach nach heutigem Stand 20,7 Prozent des Energieverbrauchs im Jahr 2020 aus erneuerbaren Quellen stammen und 34 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Die Betonung des – auch grenzüberschreitenden – Ausbaus der Stromnetze und der Netzinfrastruktur hätte noch deutlicher ausfallen müssen. Außerdem ist die Entwicklung und der Einsatz von Speichertechnologien voranzutreiben. Mit verlässlichen und stabilen Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau schaffen wir nicht nur Planungssicherheit für die Industrie, sondern auch eine massive Steigerung von Arbeitsplätzen in der Umwelttechnologie. Bei unserer Begeisterung, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können (CO<sub>2</sub> einzusparen und gleichzeitig die Arbeitslosenquote zu senken), müssen wir die Arbeitswelt auf den Strukturwandel vorbereiten. Das heißt, Arbeitskräfte umschulen, die in Industriezweigen mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß beschäftigt waren.

Wenn wir über die verschiedenen Maßnahmen und unsere Ziele zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen sprechen, kommt meiner Ansicht nach ein Aspekt entweder zu kurz oder gar nicht vor: Die soziale Folgeabschätzung. Im Programm zur Europawahl haben wir beschlossen, dass sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden müssen. Wir müssen auch in der Energie- und Klimapolitik auf die Verträglichkeit mit sozialen Aspekten achten. Die sozialen Folgen von Gesetzgebung im Bereich der Klima- und Energiepolitik blieben bisher eher im Dunklen. Energie- und Klimapolitik muss im Gleichklang von sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten beurteilt und austariert werden. ■



### NACHT AM SCHACHT

Unter dem Motto »RÜCKHO-LUNG JETZT« veranstaltet die Initiative »aufpASSEn« am 14. Mai 2011 eine Nachtaktion am Atomklo Asse. Die Veranstaltung mit Musik, Speis und Trank beginnt um 18.00 Uhr am Parkplatz »Schachanlage Asse II«. Mit einer Lichterkette soll die Schachanlage umringelt werden. Niedersachsens SPD-Vorsitzender Olaf Lies und der lokale Landtagsabgeordnete Marcus Bosse haben ihre Teilnahme zugesagt, Sigmar Gabriel schickt sein »rol-lendes Bürgerbüro«.

Weitere Informationen unter [www.aufpassen.org](http://www.aufpassen.org)

tisch viel mehr vorantreiben als es bisher geschieht. Es muss verstärkt in Innovation, Forschung und Entwicklung sowie in eine zukunftsfähige europäische Infrastruktur, etwa in die Energienetze oder die Breitbandversorgung investiert werden. Ziel muss es sein, eine ökologische Industriepolitik in Europa durchzusetzen und dafür brauchen wir eine Forschungsoffensive bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien.

Die Grundlage für europäische Initiativen in der Energiepolitik findet sich im Vertrag von Lissabon. Das bestehende Primärrecht ist um eine eigenständige Energievorschrift ergänzt worden. Die Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen auf europäischer Ebene hat somit an Gewicht zugelegt, aber die Kompetenz hinsichtlich des Energiemix bleibt aus Gründen der Subsidiarität den Mitgliedstaaten überlassen. Es müssen aber zumindest einheitliche